Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Arnold. Druck u. Verlag: Auer Tageblatt u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 25.

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.40 Mk. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mk. Durch die Post bezogen und selbst abgeholt vierteljährlich 13.20 Mk., monatlich 4.40 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.40 Mk., monatlich 4.80 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 40 Pfg., Reklamezeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 100 Pfg., sonst 120 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler infolge Gebrauch nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder der Manuskript nicht deutlich leserlich ist.

Nr. 289. Dienstag, den 14. Dezember 1920. 15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Nach einer Meldung des Journal des Debats aus Brüssel sollen die alliierten Delegierten für die Botschafterkonferenz untereinander am 15. dieses Mts. eine Sonderberatung abhalten.

•

Die deutsche Regierung hat der Botschafterkonferenz eine Denkschrift über die im Friedensvertrag vorgesehene Zerstörung von Befestigungen übermittelt.

•

Nach einem Telegramm aus Helsingfors hat der finnische Präsident das Friedensabkommen zwischen Finnland und Sowjetrußland ratifiziert.

•

Die Schwierigkeiten, die sich bei den Verhandlungen über die Verteilung der ehemals deutschen Kabel ergaben, sind beigelegt. Die Verhandlungen sind wieder aufgenommen worden.

Die Industrialisierung der Welt.

W. W. Kohle und Eisen sind die beiden Grundlagen der technischen Kultur, auf der sich heute das Leben eines großen Volkes aufbaut. Jeder Traum von der Befreiung des Menschen aus den Banden der Materie, der Erreichung seiner wahren menschlichen Bestimmung ist vergebens, wenn nicht die Technik den Kampf gegen die Naturgebundenheit des Menschen erleichterte. Die Technik ist aber nicht denkbar ohne die beiden Grundstoffe, die ihr das Rohmaterial bieten: Eisen und Kohle. Deshalb ist die Entwicklung der Kohlenförderung ein so wichtiger Gradmesser für den industriellen und dann für den kulturellen Aufstieg der Menschheit. Die Kohle ist der Schrittmacher für die Entfaltung aller Kräfte bei den großen Weltvölkern. Ihre Geschichte ist die Geschichte der Zivilisation. Das lehrt deutlich die folgende Uebersicht über die Entwicklung der Kohlenförderung der führenden Völker seit 1870 (in Millionen Tonnen):

Jahr	Deutschland	England	Ver. Staaten	Weltproduktion
1870	37.5	123.7	33.0	236.7
1880	65.2	164.6	71.5	364.6
1900	164.8	252.2	269.7	845.0
1913	305.7	321.9	570.6	1443.4
1914	270.6	297.7	513.5	1347.6
1915	258.6	283.6	531.6	1410.7
1916	234.1	287.1	590.0	1421.0
1917	246.9	278.3	651.4	1449.0
1918	241.6	255.0	685.2	1461.0

In dieser Uebersicht spiegelt sich die wirtschaftliche Entwicklung der Welt seit der Gründung des deutschen Reiches wieder. Als in Deutschland und in den Vereinigten Staaten das industrielle Leben, gemessen am Kohlenverbrauch, noch in den Kinderschuhen steckte, durfte England sich den Industrieherrn der Welt nennen. Bald aber entstanden ihm im jungen Deutschland und im tatenfrohen Volke der Union gleichwertige Rivalen. Mit raschen Schritten kamen beide auf der Bahn der technischen Kulturentfaltung vorwärts, bis der Weltkrieg Halt gebot. Nun änderte sich der Gang der Entwicklung: Unser Volk geriet ins Hintertreffen und muß jetzt das Gnadenbrot von seinen Gegnern annehmen, die ihm nur soviel zukommen lassen, wie ihr Eigennutz es zuläßt. Das Schwergewicht ist von Europa nach Amerika verlegt. Unaufhaltsam baut hier ein großes Volk ein Werk technischer Weltbeherrschung auf. So unbestreitbar auch England schweren Schaden im Kriege erlitten hat, die Grundlagen seiner Wirtschaft, seines staatlichpolitischen Aufbaues sind unangetastet. Und wir? Ein grausamer Friedensvertrag verkümmert uns die Lebensnotwendigkeiten. Massenhaß und Eigennutz zerfleischen den Volkskörper. Alles jagt und giert nach papiernem Reichtum, der eines Tages in Nichts zergehen wird.

Die Milchkühe aus Amerika.

Dem zurzeit in Chemnitz weilenden Repräsentanten der Deutsch-amerikanischen Hilfe, Chicago, Ill., Frank A. Rother, wird vom Präsidenten der American Dairy and Cattle Co., Chicago, Ill., Mr. Fred Walther, gemeldet:

Die ersten 742 Kühe, die zum Besten der deutschen Kinder von edeldenkenden amerikanischen und deutsch-amerikanischen Farmern geschenkt wurden, sind nunmehr von Galveston verschifft worden. Für Transport und Futterkosten allein mußten wir 60 000 Dollar aufbringen, also 4 200 000 Mark bei einem Kurs von 70. Es freut mich, Ihnen berichten zu können, daß uns inzwischen schon wieder eine größere Anzahl bester Milchkühe für den guten Zweck geschenkt worden sind, die demnächst ihre erste Seereise antreten werden. Wie Sie sich erinnern werden, sollen diese Milchkühe an ihre zukünftigen deutschen Besitzer zunächst nur verliehen werden und bleiben amerikanisches Eigentum, bis die Ablieferung von deutschem Milchvieh an die Entente erledigt ist.

Die beinahe sagenhaft gewordenen amerikanischen Milchkühe scheinen nun also doch schon auf dem Wege nach Deutschland zu sein, nachdem sie schon unzählige Male angekündigt und ja bereits auf die am meisten notleidenden deutschen Städte verteilt worden sind. Aber auch jetzt noch bleibt die Freude über das amerikanische Geschenk nicht ungetrübt. Nur zu gerne würden wir ein Loblied anstimmen auf die amerikanischen Menschenfreunde, die sich der großen Not unseres Vaterlandes erinnern, an der ja auch sie einen Teil der Schuld tragen, aber es wird uns wahrlich schwer genug gemacht. In dem oben wiedergegebenen Schreiben ist eine an das sogenannte Geschenk geknüpfte Bedingung enthalten, von der man bisher in keiner Meldung über die Milchkühe aus Amerika etwas gelesen hat: Die Kühe bleiben amerikanisches Eigentum, bis die Ablieferung von deutschem Milchvieh an die Entente erledigt ist. Also zumindest ein sehr bedingtes Geschenk. Wir erhalten 742 Kühe, vielleicht auch noch etwas mehr, geschenkt, wenn wir, sage und schreibe, 30 000 Stück Milchvieh (bekanntlich hat man uns gnädigst die ohnedies unmögliche Lieferung von 640 000 Kühen auf 30 000 Stück herabgesetzt) an die unersättliche Entente abgeliefert haben. Die an die 742 Milchkühe geknüpfte amerikanische Bedingung ist also nichts weiter als ein wenig edles Druck- und Zwangsmittel zur unbedingten Ausführung einer unmenschlichen Friedensbedingung. Es scheint uns fast, als hätten die Franzosen mehr Grund, sich über das amerikanische Geschenk an Deutschland zu freuen als Deutschland selbst. Wir möchten hoffen, daß die Spender der 742 Milchkühe, die vielleicht die tatsächliche Bedeutung der an das Geschenk geknüpften Bedingung nicht genügend beachtet haben, nach entsprechender Aufklärung auf die Bedingung verzichten.

Demokratischer Parteitag.

Den Höhepunkt des ersten Tages des demokratischen Parteitages in Nürnberg bildete die

Rede Dr. Petersens.

Der Gedanke der Fusion mit der Deutschen Volkspartei wird von ihm glatt abgelehnt. Die Deutsche Volkspartei kranke daran, daß sich ihre Agitation noch in den Bahnen grundsätzlicher Ablehnung gegen Verfassung, Parlamentarismus und Republik bewege, woraus sich ein Gegensatz zwischen Worten und Taten ergebe. Nach dem Zusammenbruch von Staat und Wirtschaft habe niemand so gelitten und leide so, wie die Massen unseres Volkes. Wir sind ein armes Volk geworden. Keine Theorie kann darüber hinweghelfen, daß wir arbeiten und sparen müssen, weil es um Leben und Sterben geht. Doch wie findet man den Mut, demselben Volke vorzumachen, daß eine Besserung nur möglich sei, wenn dem Volke politische Rechte wieder genommen würden und man zur Monarchie zurückkehre? Demgegenüber betont Petersen unter stürmischem Bravo, daß die Deutsche Demokratische Partei unverrückbar auf dem Boden der Republik stehen bleibe und

national und sozial

bleiben werde. National sei, ein unzerreißbares Deutschland zu schaffen bei engstem Zusammenschluß der einzelnen Länder, aber bei Dezentralisation und der Bekämpfung aller Separationsbestrebungen und aller partikularistischen Gefühle. Er fährt dann fort: Notwendig ist ein freier Parteikampf, doch verbitten wir uns alle nationalen Verdächtigungen der Rechtsparteien. Die Demokratie ist die stärkste Auswirkung des nationalen Gefühls. Nicht die Monarchie, nicht die einzelnen Parteien sind Träger des nationalen Gefühls; es ist pharisäischer Hochmut, wenn einzelne Parteien das nationale Gefühl für sich in Anspruch nehmen. Das nationale Gefühl steht auch nicht in Widerspruch mit der Auswirkung eines internationalen Rechtes. Wir wollen einen wirklichen Völkerbund, nicht die jetzige Karikatur. Aber wir müßten uns nach dem furchtbaren Kriege unserer Nachkommen schämen, würde man den großen Menschheitsgedanken nicht aufrechterhalten.

Mit dem nationalen Gedanken in engster Verbindung steht der soziale. Arbeitgeber müssen mit weitem und offenem Herzen den Arbeitnehmern entgegenkommen, sonst geht es ihnen wie den Monarchien. Aber ausgesprochen muß werden: noch mehr wie in politischen, kommt es in wirtschaftlichen Dingen auf die organische Entwicklung an, damit wir nicht, statt vorwärts zu kommen, zurückgeworfen werden. Aus sozialen Gründen sind wir Antisozialisten. Wir stellen uns ein auf die Natur des Menschen, auf die Persönlichkeit. Die sozialistische Wirtschaftsordnung bedeutet Verarmung. Daher lehnen wir Sozialisierungs- und Kommunalisierungsexperimente ab. In dem liberalen Wirtschaftsprogramm kann und soll sich auch der Arbeitnehmer seinen Anteil sichern. Wir wollen die liberale Wirtschaftsreform aufrechterhalten, aber wir wollen offen sein für alle besseren Methoden, die sich nur ergeben, und unter Ablehnung der Experimente. Der Mehrheitssozialdemokratie muß gesagt werden, daß eine Gefährdung der Republik nicht nur von Escherich und den Einwohnerwehren kommt, sondern auch durch die Abstinenz der größten politischen Partei. Das ist Wasser auf die Mühlen der Reaktion. Wir lehnen den Klassenkampf ab und stellen uns auf den reinen Idealismus des liberalen Gedankens, und das ist notwendig als Brücke in unserem politischen Leben. Die Parteien müssen taktisch zusammengehen, aber darüber hinaus soll keine Bindung sein, weder nach rechts oder nach links, keine Verpflichtung zu taktischem Unsinn! Petersen richtet noch ein Wort an die Beamten. Die Not der Beamten muß anerkannt werden. Wenn nichts mehr geschehen ist, so lag das an den Verhältnissen, aber er verspricht gleichzeitig, alles zu tun, was nur möglich ist.

Nach dieser Rede, die eine scharfe Linie gegenüber der Deutschen Volkspartei zieht, sprach Abg. Ruschke über

die Aufgaben der deutschen Auslandspolitik.

Er umriß den furchtbaren Frieden, wies auf die Wunde des Westens, auf Eupen-Malmedy, auf das Memelland, auf Danzig usw., stellte aber dem dreifachen Racheruf der beiden Rechtsparteien den Ruf nach dem Recht auf Selbstbestimmung gegenüber und ruft aus: Wo das Straßburger Münster steht, wo die Frauenkirche in Danzig sich erhebt, wohnen Deutsche. Das sagen wir Demokraten, aber nicht aus nationalistischem, sondern aus nationalem Gefühl. — Ruschke verweist auf die Hoffnung der Franzosen, durch die Wiederaufrichtung der Monarchie in Deutschland dieses zu zerreißen. Deshalb sei die Republik eine nationale Notwendigkeit, und es sei dankenswert, daß Petersen erneut die Deutsche Demokratische Partei auf die Republik festgelegt habe. (Tosender Beifall.) Daraus ergebe sich allein, daß die Frage der Verschmelzung mit der Deutschen Volkspartei überflüssig ist.

Handelsminister Hamm-München sprach darauf über die Länder und das Reich und legte in seiner Rede ein begeistertes Bekenntnis zum Deutschen Reiche ab. Die Aufgabe dieser Zeit ist der deutsche Staat und nichts anderes, so sagte er und fuhr dann fort: Die Einheit wollen wir festhalten und vertiefen, und alle Glut und alle Gedanken legen wir in den einigen deutschen Staat. Nach Hamm bringt der deutsche Abgeordnete der Tschecho-Slowakei Koschke die Grüße der Deutsch-Demokratischen Freiheitspartei in der Tschecho-Slowakei zum Ausdruck. - Paher gibt dem Abgeordneten Koschke mit auf den Weg, daß jede Unterdrückung, die den Deutschen dort widerfahre, auch uns angetan wurde.

Professor Preuß

weist aus den Ausführungen Koschkes nach, welchen Wert die Demokratie für die Pflege des großdeutschen Gedankens habe. Es sei eine Demagogie der beiden Rechtsparteien, wenn man der Masse vorlüge, daß die Monarchie die Verhältnisse bessern könne. Es sei seine heiligste Ueberzeugung, daß die Republik die einzig mögliche Staatsform für Deutschland ist. Die Rede Petersens sei von historischer Bedeutung. Der Demokrat, der früher Monarchist war, ist achtens- und ehrenswert. Aber heute dürfe es keinen Demokraten geben, der die Republik als ein vorübergehendes notwendiges Uebel hält. Wie einstmals die Vaterlandspartei Macht und Herrlichkeit vorgaukelte, so lüge man heute wieder von der Monarchie. Gegenüber der Unehrlichkeit der Deutschen Volkspartei und der anderen Rechtspartei, die beide vorgeben, die Staatsgewalt zu stärken, sie aber wirklich unterbinden, sind die Linksradikalen ehrlich, denn sie sagen offen, daß sie den Umsturz wollen. Preuß führte noch aus: Die bürgerliche Demokratie darf sich nicht kompromittieren durch ein Bündnis mit der Deutschen Volkspartei, die die Republik so lange will, wie sie sie nicht beseitigen kann. Tun wir nicht dasselbe, was wir den Mehrheitssozialisten vorwerfen: mit den Feinden der Republik zu kokettieren! Auch wir Demokraten haben den Wunsch nach der größeren liberalen Einigung, aber eine Verbreiterung der Basis darf nicht in einem Sumpfe enden. Immer wieder muß Prof. Preuß für den Beifall danken, den ihm die Mehrheit der Delegierten zollte. Der Fusionsgedanke ist erledigt. In der Aussprache, die um ½7 Uhr abgebrochen wurde, schloß sich die Jugendgruppe den temperamentvollen Ausführungen Petersens und Preuß' an. Zum Schluß wurde noch eine Resolution angenommen, die sich mit den Reden von Petersen und Preuß und mit deren Bekenntnis zur Republik einverstanden erklärt.

Die weitere politische Aussprache kam der Bedeutung des Sonnabends nicht mehr nahe. Die Debatte zog sich in den Vormittag des Sonntags hin, ergänzt und bereichert durch programmatische Ausführungen des Reichswehrministers Geßler zur Wehrverfassung, namentlich über die Vorbildung des Offizierstandes. Minister Geßler fand für sein Bekenntnis zur Entpolitisierung des Heeres nach links wie nach rechts allseitige Zustimmung. Abg. Haußmann schlug dann vor, daß eine Entschließung, die sich für die demokratischen, republikanischen, nationalen und sozialen Grundsätze des Parteiführers Dr. Petersen aussprach und die Partei nach rechts wie nach links in ihrer Unabhängigkeit erhalten will, an die Stelle aller vorliegenden Resolutionen über diese Frage treten soll. In einer einstimmigen Annahme dieser Resolution fand sich unter stürmischem Beifall die Partei in voller Einmütigkeit zusammen.

Im ferneren Verlauf der Debatte trat die Not der besetzten Gebiete in ergreifenden Schilderungen hervor und wurde noch durch ernste Worte des Reichsministers Dr. Koch in ihrer politischen Bedeutung unterstrichen. Verschieden abgetönt blieb die Anschauung über die Grenzen der Reichsgewalt und der Staatsgewalt in den